

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am

Donnerstag, 17.11.2022, 17:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 08.09.2022
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
4. Aufnahme von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in der Kindertagesbetreuung der Universitätsstadt Siegen
- mündlicher Bericht
5. Zuschussvereinbarung mit dem Sozialdienst katholischer Frauen, Siegen, für die Übernahme von Vereinsvormundschaften
6. Landeskinderschutzgesetz Nordrhein-Westfalen
7. Bericht zum Stand des Sanierungsprogramms für städtische Kinder- und Jugendtreffs
8. Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ 2022
9. Besetzung des "Unterausschusses Kindertagesbetreuung"
- Bestellung von Mitgliedern für die Fraktionen GfS sowie Volt

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 08.09.2022
2. **Verschiedenes**
3. **Mitteilungen an die Presse**

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom: **17.11.2022**

von: **17:00 Uhr**

bis: **17:45 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schiltz, Ingmar	- als Vorsitzender
Stv Bleckmann, Lisa	
AM Dornhöfer, Felix	
AM Grimm, Carolin	vertritt Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Helm, Martin	
Stv Kamieth, Jens	
AM Lauber, Lisa - Kathrin	
AM Mühlnikel, Jutta	
AM Müller, Robert	
Stv Rompf-Selimi, Nazlije	- ab 17.21 Uhr
AM Simon, Ursula	vertritt Schmidt, Sabrina
Stv Thimm, Heiko	
AM Vitt, Matthias	

Beratende Mitglieder:

Dezernent Schmidt
VA Ritter
AM Becker, Lothar
AM Burmeister, Frank
AM Haupt, Elisabeth
Stv Köckritz, Anja Alexandra

AM Reichenau, Eckhard	
AM Schneider, Martina	vertritt Sprengard, Susanne
AM Schneider, Walter	
AM Schollmeyer, Wolfgang	vertritt Unverzagt, Andreas
IntRM Tahmaz, Hanan	

Als Zuhörer:

Herr David Ayelou	- bis 17.45 Uhr (o.T.)
Herr Noel Dahl	- bis 17.45 Uhr (o. T.)

Von der Verwaltung:

VA Dr. Matzner, Andreas	
VA Matzke,	
VA Born, A.	
StIA Stettner	- Auszubildender Büro BM/ Sitzungsdienst
VA Mockenhaupt	- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth	vertreten durch AM Grimm, Carolin
AM Röcher, Sandra	- entschuldigt
Stv Schmidt, Sabrina	vertreten durch AM Simon, Ursula
AM Gerndorf, Markus	
AM Horchler, Dr. Martin	
AM Müller, Stephen	
AM Perugorria, Andrea	
AM Richter, Lisa	
AM Scherer, Dr. Vanessa	- entschuldigt
AM Schloos, Ulrich	
AM Scholz, Britta	- entschuldigt
AM Sprengard, Susanne	vertreten durch AM Schneider, Martina
AM Thienel, Sandra	
AM Unverzagt, Andreas	vertreten durch AM Schollmeyer, Wolfgang
AM Wilpert, Sarah	

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Herr Schiltz begrüßt als Zuhörer die beiden zukünftigen Vertreter David Ayelou und Noel Dahl des Jugendparlamentes im Jugendhilfeausschuss, die jedoch, da die offizielle Bestellung noch nicht erfolgt ist, lediglich am öffentlichen Teil teilnehmen dürfen.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 08.09.2022

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

11. JHA 17.11.2022

2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor

11. JHA 17.11.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

11. JHA 17.11.2022

**4. Aufnahme von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in der Kindertagesbetreuung der Universitätsstadt Siegen
- mündlicher Bericht**

Herr Schiltz erläutert, dass der Tagesordnungspunkt behandelt wird, da die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der letzten Sitzung des Ausschusses eine regelmäßige Berichterstattung beantragt hat. Solange sich die Situation in der Ukraine nicht ändert, soll das Thema regelmäßig auf der Tagesordnung stehen.

Herr Dr. Matzner stellt den Bericht anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

⇒ *Diese ist der Druckversion der Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.*

Frau Beckmann bedankt sich zunächst für den Bericht und stellt die Frage, ob in der Zwischenzeit mit Trägern gesprochen wurde, inwiefern ein weiteres Brückenprojekt möglich ist. Sie macht die Notwendigkeit deutlich, indem sie auf die, aus Ihrer Sicht, weiterhin kritische Situation hinweist.

Herr Dr. Matzner betont, dass man seit längerer Zeit, gerade in Bezug auf Brückenprojekte, in Gesprächen mit den freien Trägern ist.

Man habe jedoch von den freien Trägern die Rückmeldung bekommen, dass die Brückenprojekte im Hinblick auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Finanzierung schwierig durchzuführen sind. Er schildert, dass man weiterhin Gespräche führen wird, um bald mehr Ausbauperspektiven bieten zu können.

⇒ *Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht über die Aufnahme von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in der Kinderbetreuung zur Kenntnis.*

11. JHA 17.11.2022

5. Zuschussvereinbarung mit dem Sozialdienst katholischer Frauen, Siegen, für die Übernahme von Vereinsvormundschaften

Vorlage Nr. VL 1100/2022

Herr Ritter stellt die Vorlage zusammenfassend vor.

Herr Helm begrüßt die Vorlage in Namen seiner Fraktion als günstige Gelegenheit für die Universitätsstadt Siegen, wünscht sich aber eine Rückkopplung mit dem SKF, damit berichtet wird, wie die Vormundschaften geführt werden, der Personaleinsatz aussehe und es gesichert sei, dass ein tatsächlicher Einsatz der Fachkraft erfolge.

Frau Grimm möchte geklärt haben, ob ein Bedarf an weiteren Übernahmen von Vormundschaften durch den Sozialdienst katholischer Frauen besteht. Auch erkundigt sie sich, warum die Vergabe ohne eine Ausschreibung stattfinden soll und fordert, dass in Zukunft eine Ausschreibung und eine Interessensbekundung durchgeführt werden.

Herr Ritter beantwortet die Frage, indem er erklärt, dass weitere Übernahmen die Teamgröße bei der Stadt Siegen zu sehr verkleinern würden. Die jetzt beschlossene Anzahl an Übernahmen hält er für ein gutes Maß.

Die Frage der Ausschreibung hält er nicht für relevant. Er führt aus, dass die Vergabe von Vormundschaften die Aufgabe eines Gerichtes ist, dass es in Siegen nur diesen einen Vormundschaftsverein gibt, der Standort in Siegen eine Voraussetzung ist, eine bestimmte Erfahrung gefordert wird und eine Genehmigung des Landesjugendamts vorliegen muss.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Zuschussvereinbarung laut Anlage der Vorlage 1100/2022 mit dem Vormundschaftsverein des Sozialdienst Katholischer Frauen, Siegen, e. V. (SKF) zu treffen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

11. JHA 17.11.2022

6. Landeskinderschutzgesetz Nordrhein-Westfalen

Vorlage Nr. VL 1102/2022

Herr Ritter fasst die Vorlage zusammen und bietet eine Vertiefung der Thematik zu einem späteren Zeitpunkt an.

Herr Schiltz bedankt sich für die Ausführungen und macht auf die weiten Auswirkungen des Gesetzes aufmerksam.

Herr Schollmeyer begrüßt das neue Gesetz, weil damit die Vereine besser unterstützt werden. Er wünscht sich, dass auf das Angebot der Vertiefung von Herr Ritter eingegangen wird,

um sich genauer mit der Umsetzung des Gesetzes zu befassen und um ein richtiges Signal senden zu können.

⇒ *Der JHA nimmt die Ausführungen zum Landeskinderschutzgesetz NRW (LKSchG) inkl. der Dienstanweisung für den ASD Siegen („Dienstanweisung für den ASD zur Umsetzung des Schutzauftrages gem. § 8a SGB VIII“) zur Kenntnis.*

11. JHA 17.11.2022

7. Bericht zum Stand des Sanierungsprogramms für städtische Kinder- und Jugendtreffs

Vorlage Nr. VL 1119/2022

Frau Matzke weist darauf hin, dass notwendige Anpassungen in der Maßnahmenplanung durchgeführt werden müssen. Dies hat beispielsweise mit dringenden Reparaturen oder außerplanmäßigen Ausfällen zu tun. Durch eine gute Zusammenarbeit mit der Zentralen Gebäudewirtschaft würden die notwendigen Anpassungen zeitnah in Angriff genommen. Sie berichtet von einer Begehung der Kinder- und Jugendtreffs in der vorherigen Woche mit Andreas Matzner und Bernd Wiezorek im Hinblick auf die Barrierefreiheit. Hiermit hat man die Einrichtungen nochmals genauer untersucht. Wenn die Mittel in Zukunft zur Verfügung stehen, geht Sie davon aus, dass man den Sanierungsstau gut abarbeiten kann.

Frau Bleckmann möchte den Sachstand im Stadtteilzentrum Lindenberg in Erfahrung bringen und ob klimarelevante Themen der Vorlage, wie zum Beispiel der Austausch von Heizungsanlagen, im Umweltausschuss behandelt werden.

Frau Matzke erklärt, dass beim Stadtteilzentrum Lindenberg die Universitätsstadt Siegen als Mieter und die Kirchengemeinde als Eigentümer und Bauherr auftritt. Sie schildert, dass hier durchaus Verzögerungen vorliegen. Zurzeit wird die Freigabe noch durch letzte Kleinigkeiten wie zum Beispiel Brandschutzmaßnahmen verhindert.

Herr Dezernent Schmidt weist bezüglich der Frage von Frau Bleckmann auf bestimmte politische Beschlüsse zu den Klimaschutzmaßnahmen hin. Nach seiner Meinung gehören die Maßnahmen in den Bauausschuss und nicht in den Umweltausschuss. Er wird sich hierzu nochmals mit Herr Meyer und Herr Wiezorek in Kontakt setzen. Bei der Planung des Haushalts wird die Thematik besprochen.

Herr Schiltz schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, die Verwaltung zu beauftragen, in einem Jahr erneut über den Stand der Sanierungsmaßnahmen zu berichten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstand zu den Sanierungsmaßnahmen in städtischen Kinder- und Jugendtreffs zur Kenntnis und beauftragt die

Verwaltung, in einem Jahr erneut über den Stand der Sanierungsmaßnahmen zu berichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

11. JHA 17.11.2022

8. Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ 2022

Vorlage Nr. VL 1123/2022

⇒ *Der Jugendhilfeausschuss nimmt die weitere Verteilung der Fördermittel aus dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für das Förderjahr 2022 zur Kenntnis.*

11. JHA 17.11.2022

**9. Besetzung des "Unterausschusses Kindertagesbetreuung"
- Bestellung von Mitgliedern für die Fraktionen GfS sowie Volt**

Vorlage Nr. VL 1107/2022

Herr Schiltz weist darauf hin, dass nach Erstellen der Verwaltungsvorlage noch kurzfristig Ausschussbenennungen für den Unterausschuss Kindertagesbetreuung eingegangen sind. Die GfS- Fraktion habe Frau Julia Sting als ordentliches Mitglied als Nachfolgerin von Frau Köckritz und die UWG- Fraktion Herrn Dominik Klein als ordentliches Mitglied benannt. Er bittet den Beschluss entsprechend zu ergänzen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss benennt folgende Personen:

1. Frau Julia Sting (s. B.) als ordentliches Mitglied in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung,
2. **Herrn Thomas Köckritz (s. B.) als persönlicher Vertreter** von Julia Sting in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung,
3. **Frau Elisabeth Haupt (s. B.) als ordentliches Mitglied** in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.
4. Herrn Dominik Klein (s. B.) als ordentliches Mitglied in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

11. JHA 17.11.2022

gez. Schiltz
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin



Kindertagesbetreuung in Siegen

Aufnahme von Kindern aus Flüchtlingsfamilien & Aktuelle Entwicklungen



Kinder aus der Ukraine

vorgemerkt im Kita-Navigator (Stand 11.11.22):

53 Kinder zwischen 3 Monaten und 6 Jahren

Kinder ohne Betreuungsplatz im Stadtgebiet (Stand 11.11.22):

- 106 Kinder, für die regelmäßige Anfragen von Eltern nach einem Betreuungsplatz eingehen
- In allen Stadtteilen von Siegen ist die Auslastung in den Kindertageseinrichtungen nach wie vor hoch, erhöhte Nachfragen/Betreuungsbedarfe bestehen in den Stadtteilen Geisweid, Kaan-Marienborn/Bürbach, Weidenau und Siegen-Mitte.

Freie Plätze in der Kindertagesbetreuung in Siegen (Stand 11.11.22)

Kindertageseinrichtungen:

23 freie Plätze am Stichtag 31.10.2022

- 6 Plätze für 3-6 Jährige mit unterschiedlichen Stundenkontingenten frei
- 2 Plätze für 3-6 Jährige, die in einer Einrichtung wegen Personalmangel nicht belegt werden können
- 7 Plätze, die ab dem 01.11. od. 01.12.22 belegt sind
- 8 Plätze, bei denen Platzvergabe läuft

Kindertagespflege:

ca. 20 freie Plätze

Brückenprojekt in Geisweid

Aktuell betreute Kinder:

15 Kinder (im Alter von 4 bis 6 Jahren)

Ausweitung des Brückenprojektes ab Januar 2023:

10 weitere Kinder, die ab 13 Uhr betreut werden

Sprachkursangebote & Spielgruppen

- 5 niedrigschwellige Sprachkursangebote mit der Möglichkeit Kinder mitzubringen (Hüttenpark in Geisweid; Cafe Mayla im KIQ; Räume Kinderschutzbund; Kinder- und Jugendtreff Weidenau; Kinder- und Jugendtreff Lindenberg)
- eine Liste diverser Krabbel- und Spielgruppen im Stadtgebiet findet man unter www.familie-siegen.de bzw.
- <https://www.fruehehilfen-online.nrw.de/siegen.suche?thema=Spielgruppe>
 - diese werden z.B. von freien Trägern der Jugendhilfe und Kirchengemeinden angeboten

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Soziale Dienste
Bearbeitet von: Georg Ritter

Siegen, 18.10.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss

17.11.2022

Kurzbezeichnung:

Zuschussvereinbarung mit dem Sozialdienst katholischer Frauen, Siegen, für die Übernahme von Vereinsvormundschaften

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Zuschussvereinbarung laut Anlage mit dem Vormundschaftsverein des Sozialdienst Katholischer Frauen, Siegen e.V. (SKF) zu treffen.

Sachverhalt / Begründung:

Am 01.01.2023 tritt das neue Vormundschaftsrecht in Kraft. Dieses bringt viele grundlegende gesetzliche Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) und damit neue Aufgaben und Handlungsnotwendigkeiten der beteiligten Akteure mit sich.

Durch die im § 55 SGB VIII n.F. hervorgehobene funktionelle, organisatorische und personelle Trennung der Aufgaben der Pflegschaft und Vormundschaft gegenüber den anderen Aufgaben des Jugendamtes wird nun auch von den Landesjugendämtern empfohlen, die vielfältigen neu hinzugekommenen Aufgaben von der reinen Führung der Vormundschaft/Pflegschaft zu trennen und dafür eine koordinierende Stelle beim Jugendamt einzurichten.

Aus Sicht des Landesjugendamtes und der Fachinstitute sollte eine solche Aufgabe nur erfahrenen Fachkräften übertragen werden, die bislang die Aufgaben der Vormundschaft umfassend wahrgenommen haben. Somit entsteht beim Jugendamt neben den bisherigen 3,8 Vollzeitstellen ein zusätzlicher Personalbedarf in Höhe von ca. einer Vollzeitstelle zur Erfüllung dieser neuen Aufgaben. Hinzukommt, dass zum 01.11.2022 und zum 11.07.2023 zwei Fachkräfte den Bereich Vormundschaften verlassen werden, sodass hier in der Summe in den nächsten Monaten drei neue Fachkräfte zu finden und einzuarbeiten wären.

Vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels sowie der gesetzlichen Verpflichtung, die Höchstbearbeitungsgrenze von 50 Vormundschaften/Pflegschaften pro Vollzeitkraft nicht zu überschreiten, ist absehbar, dass es zu großen Schwierigkeiten in der rechtmäßigen und pflichtgemäßen Führung des Volumens der hier bestellten Vormundschaften kommen wird.

Insofern wurde Kontakt zu dem einzigen in Siegen vorhandenen Vormundschaftsverein beim SKF Siegen aufgenommen. Von dort wurde die Bereitschaft und die Möglichkeit zur Übernahme von ca. 40 Vormundschaften/Pflegschaften zum 01.01.2023 erklärt. Aus hiesiger Sicht sind die dortigen Mitarbeitenden ihre Persönlichkeit und ihre Fachlichkeit betreffend für die Übernahme der Aufgaben uneingeschränkt geeignet.

Insoweit steht das vorgenannte Vorgehen voll im Interesse der betroffenen Mündel, da in der hiesigen Arbeitsgruppe „Amtsvormundschaften“ die Zuständigkeit auf neu zu findende Fachkräfte übertragen werden müsste, die naturgemäß wenig Erfahrung im Arbeitsbereich der Vormundschaft mit sich bringen.

Um dieses Vorgehen umzusetzen, müssen zunächst Vormundschaften im genannten Umfang an das Amtsgericht „zurückgegeben“ werden und die bestellten Amtsvormundschaften durch das Gericht aufgehoben werden. Danach müssen die Mitarbeitenden des Vormundschaftsvereins entsprechend gerichtlich bestellt werden.

Dieses geplante Verfahren wurde dem Gericht vorgestellt. Von dort ist schriftlich mitgeteilt worden, dass dieses Vorgehen mitgetragen werde.

Der Vormundschaftsverein ist für seine Tätigkeit aus der Justizkasse zu entlohnen. Der sogenannte „Aufwendungsersatz“ für Vormundschaftsvereine ergibt sich aus § 5 des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetzes (VBVG) und beträgt zurzeit 39 €/Stunde für eine eingesetzte Fachkraft. Mit diesem Aufwendungsersatz ist jedoch eine entsprechende Fachkraft nicht refinanzierbar. Insofern soll mit dem Vormundschaftsverein eine Zuschussvereinbarung laut Anlage getroffen werden, die den Differenzbetrag zu den tatsächlichen Aufwendungen des Vereins abdeckt. Bei 40 fortlaufend zu führenden Vormundschaften ergibt sich daraus ein jährlicher Zuschussbedarf in Höhe von rd. 45.000 €.

Anlage:

- Zuschussvereinbarung

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
45.000 €	45.000 €			<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan 45.000 €	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode 06.01.01.00 Sachkonto folgt
----------------------------------------	------------------------------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------------------------------------------------

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

Im Auftrag

gez.

Georg Ritter
Abteilungsleiter 5/3 Soziale Dienste

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Zuschussvereinbarung

zwischen

der **Universitätsstadt Siegen**

Jugendamt

Weidenauer Str. 215

57076 Siegen

und

dem **Sozialdienst Katholischer Frauen** e.V. (SKF)

Vormundschaftsverein (Verein)

Häutebachweg 5

57072 Siegen

§ 1 Vereinbarungszweck

- (1) Gemäß der §§ 1774, 1 Nr.3; 1774, 2 Nr.1; 1781, 2; 1785, 3 BGB (n.F. ab 01.01.2023) kann das Familiengericht unter den dort benannten Voraussetzungen einen Mitarbeiter eines vom Landesjugendamt anerkannten Vormundschaftsvereins zum Vormund bzw. Pfleger bestellen, wenn der Mitarbeiter dort ausschließlich oder teilweise als Vormund tätig ist.
- (2) Unter dieser Voraussetzung hat der Verein Anspruch auf Vergütung nach den Bestimmungen des Vormünder- und Betreuungsvergütungsgesetzes (VBVG, § 1808, 3 BGB n.F.).
- (3) Aufgrund der durch die neue Gesetzeslage verursachten zusätzlichen Tätigkeiten für die Amtsvormünder der Stadt Siegen und dem sich daraus ergebenden zusätzlichen Personalbedarf, werden Mitarbeiter des Vormundschaftsvereins des SKF durch das Familiengericht in Siegen für 40 der bislang bei der Stadt Siegen geführten Vormundschaften bzw. Pflegschaften bestellt.
- (4) Es wird angestrebt diesen Umfang an Vormundschaften bzw. Pflegschaften im Zusammenhang von Beendigungen und Neubestellungen stabil zu halten.

§ 2 Aufgabenbeschreibung/fachliche Grundsätze

- (1) Der Verein führt gerichtlich bestellte Vormundschaften und Pflegschaften.
- (2) Für die vorgenannte Tätigkeit verfügt der Verein über eine konzeptionelle Beschreibung dieser Aufgabe, die Aufschluss über die quantitative und qualitative Gestaltung der Tätigkeit gibt. Diese orientiert sich an den Empfehlungen des Landesjugendamtes und der Fachverbände zur Führung von Vormundschaften. Sie ist Bestandteil dieser Vereinbarung.
- (3) Der Verein beachtet alle gesetzlich vorgegebenen Standards des BGB und des SGB VIII, insbesondere die Regelungen gem. § 54 SGB VIII sowie die Einhaltung der Höchstfallzahlgrenze, die Häufigkeit der persönlichen Kontakte, die Berichterstattung gegenüber dem Gericht und den Einsatz von Fachkräften gem. § 72 SGB VIII sowie deren regelmäßige Fortbildung, Supervision und Überprüfung gem. § 72a SGB VIII.

§ 3 Dokumentation/Qualitätsentwicklung

- (1) Die vom Verein erbrachten Leistungen sind so zu dokumentieren, dass eine Überprüfung der erbrachten Leistungen im Einzelfall durch die Stadt Siegen möglich ist.
- (2) Der Verein legt spätestens zum 01.04. eines Jahres einen Bericht über seine Arbeit vor, der sowohl eine quantitative als auch qualitative Darstellung der durchgeführten Leistungen enthält.
- (3) Auf Grundlage des v.g. Jahresberichtes wird einmal jährlich unter Federführung des Vereins ein Qualitätsdialog zwischen dem Verein und der AG Vormundschaften der Stadt Siegen durchgeführt.

Aspekte der qualitativen Umsetzung der Arbeit sollen besprochen und vereinbart werden.

§ 4 Finanzierung

- (1) Der Verein verpflichtet sich, für die gerichtlichen bestellten Vormundschaften bzw. Pflegschaften die ihm nach VBVG zustehende Vergütung gegenüber der Justizkasse geltend zu machen. Entsprechende Nachweise sind bei der Abrechnung mit der Stadt Siegen vorzulegen.
- (2) Die Stadt Siegen verpflichtet sich zur Bezuschussung der erbrachten Leistung im Sinne einer Ergänzungsfinanzierung zur tatsächlichen Refinanzierung der erbrachten Leistung.
- (3) Zur Berechnung einer Fachleistungsstunde wird eine bereinigte Jahresarbeitszeit gem. KGST in Höhe von 1584 Stunden zu Grunde gelegt. Davon werden 10% für fallübergreifende und allgemeine Zeiten einer Fachkraft wie z.B. Teamsitzungen, Supervision, Facharbeitskreise abgezogen sodass eine Nettojahresarbeitszeit pro Fachkraft in Höhe von 1425,6 Stunden verbleibt. Bei einer Auslastung von 40 Fällen pro Vollzeitkraft ergibt sich somit ein durchschnittlicher Wert von 3 Stunden pro Fall im Monat.
- (4) Der Wert der Fachleistungsstunde ermittelt sich aus der Summe der Bruttopersonalkosten des eingesetzten Personals, plus Overheadkosten in Höhe von 20% der Bruttopersonalkosten, plus 10% der Summe aus Bruttopersonal- und Overheadkosten für die Sachkosten. Eine entsprechende Berechnung ist vorzulegen. Diese kann jährlich angepasst werden.
- (5) Die vom Verein betreuten Fälle werden quartalsweise mit der Stadt Siegen abgerechnet.
- (6) Die Zahlung der Stadt Siegen reduziert sich um den von der Justizkasse erstatteten Betrag pro Fall im Quartal.

§ 5 Finanzprüfung

- (1) Der öffentliche Träger oder eine von ihm beauftragte Stelle ist berechtigt, Geschäftsunterlagen zur Prüfung einzusehen und gemäß den vertraglichen Vereinbarungen vor Ort zu prüfen. Das Recht des Rechnungsprüfungsamtes gem. § 103 GO NW sowie die Vorschriften der Rechnungsprüfungsordnung finden entsprechend Anwendung.
- (2) Der freie Träger ist verpflichtet, auf Anforderung des öffentlichen Trägers die erforderlichen Unterlagen inklusive sämtlicher Einzelbelege zu Prüfungszwecken bereitzuhalten, den zur Prüfung beauftragten Personen den Zugang zu den entsprechenden Unterlagen zu ermöglichen und notwendige Auskünfte zu erteilen.

§ 6 Laufzeit, Kündigung

- (1) Dieser Vertrag gilt für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023.
Der Vertrag verlängert sich jährlich fortlaufend, sofern er nicht mit einer Frist von sechs Monaten zum jeweiligen Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- (2) Die einvernehmliche Beendigung der Vereinbarung zu einem anderen, beliebigen Termin ist hiervon unbenommen.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, berührt dies nicht die anderen Bestimmungen des Vertrages. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksamen Regelungen durch solche zu ersetzen, die den mit der unwirksamen Regelung verfolgten Zweck in rechtlich einwandfreier Weise sicherstellen. Alle Änderungen, Kündigungen usw. bedürfen der Schriftform.

Siegen, den _____

Für die Universitätsstadt Siegen
Der Bürgermeister
im Auftrag

André Schmidt
Dezernent

Für den Sozialdienst kath. Frauen e.V.

Wolfgang Langenohl
Geschäftsführer

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Soziale Dienste
Bearbeitet von: Georg Ritter

Siegen, 18.10.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss

17.11.2022

Kurzbezeichnung:

Landeskinderschutzgesetz Nordrhein-Westfalen

Beschlussvorschlag:

Der JHA nimmt die Ausführungen zum Landeskinderschutzgesetz NRW (LKSchG) inkl. der Dienstanweisung für den ASD Siegen („Dienstanweisung für den ASD zur Umsetzung des Schutzauftrages gem. § 8a SGB VIII“) zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In Nordrhein-Westfalen ist das "Gesetz zum Schutz des Kindeswohls und zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Landeskinderschutzgesetz NRW)" verabschiedet worden und am 01.05.2022 in Kraft getreten (Anlage).

Ziel des Gesetzes ist es, die Arbeit der Jugendämter in NRW bei der Abwehr von Kindeswohlgefährdungen auf der Grundlage von § 8a SGB VIII zu unterstützen. Dies soll u.a. durch die Sicherung fachlicher Mindeststandards und regelmäßige landesweite Qualitätsentwicklungsverfahren der Kinderschutzpraxis gewährleistet werden. Weiter sollen interdisziplinäre Netzwerke zum Kinderschutz aufgebaut und koordiniert, Leitlinien zu Kinderschutzkonzepten in Einrichtungen etabliert und Kinder und Jugendliche als Trägerinnen und Träger eigener Rechte maßgeblich beteiligt werden, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebenswelten, ihres Schutzes, Unterstützung und Hilfe geht.

Dabei greift das Landeskinderschutzgesetz NRW (LKSchG) einzelne Aspekte, die bereits über das Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz (KJSG) zu Änderungen im SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe-geführt haben auf, betont diese oder verstärkt diese für das Land NRW.

Erfreulicherweise ist mit der Verabschiedung des Gesetzes eine Kostenfolgenabschätzung erfolgt auf deren Grundlage mit Inkrafttreten des Gesetzes umfangreiche Kostenerstattun-

gen für die Kommunen zur Umsetzung der sich aus dem Gesetz ergebenden Aufgaben erfolgt (Belastungsausgleich).

Das Gesetz umfasst 19 Paragraphen. Die wesentlichen Inhalte und die geplante Umsetzung in Siegen werden in der Folge dargestellt:

Zunächst werden in § 1 die Begrifflichkeiten des „kooperativen, institutionellen und intervenierenden Kinderschutzes“ eingeführt:

Der **kooperative Kinderschutz** besteht in der Bildung, Aufrechterhaltung und fachlichen Qualifikation interdisziplinärer Netzwerke zwischen Beteiligten am Kinderschutz mit dem Ziel, die Rechtspositionen des Kindes zu wahren und zu fördern (§ 2, Abs. 5 LKSchG).

Der **institutionelle Kinderschutz** besteht in der Ausgestaltung von Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe unabhängig von ihrer Rechtsnatur oder Trägerschaft einschließlich der fachlichen Qualifikationen und persönlichen Eignung der Beschäftigten (§ 2, Abs. 6 LKSchG).

Der **intervenierende Kinderschutz** umfasst die entsprechenden Regelungen des Bundeskinderschutzgesetzes (Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz vom 22.12.2011 (KKG), den Schutzauftrag nach § 8a SGB VIII sowie die daraus resultierenden Eingriffsmöglichkeiten der staatlichen Stellen (Gericht, Jugendamt) bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung (§ 2, Abs. 7 LKSchG).

Zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen sollen diese und ihre Familien durch das Jugendamt auf die Möglichkeit der Beratung in einer sowie Vermittlung und Klärung bei Konflikten durch eine **Ombudsstelle** nach § 9a SGB VIII hingewiesen werden (§ 3, Abs. 3 LKSchG). Dabei unterstützt das Land die Schaffung und den Betrieb dieser Ombudsstellen finanziell in Höhe von 1.500.000 €.

Im Rahmen des Kinderschutzes hat das Jugendamt sicherzustellen, dass Informationen über mögliche Gefährdungen von Kindern oder Jugendlichen zu jeder Zeit aufgenommen und bearbeitet werden können und ein unverzügliches Handeln sichergestellt ist (§ 4, Abs. 2 LKSchG). Damit ist eine **Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit des Jugendamtes (ASD)** zu gewährleisten.

Dies ist in Siegen bereits seit vielen Jahren durch die Einrichtung eines Bereitschaftsdienstes ASD außerhalb der Dienstzeiten und an Wochenenden eingerichtet. Im Rahmen dieser Notdienststrufbereitschaft werden jährlich zwischen 80 und 120 Einsätzen geleistet.

In § 5 LKSchG werden konkret Erwartungen an die **fachlichen Standards in Verfahren zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung** formuliert. Gem. Gesetz (§ 5, Abs. 1 LKSchG) haben sich die Standards an den fachlichen Empfehlungen bei der Wahrnehmung des Schutzauftrages der Landesjugendämter NRW zu orientieren. Dabei soll insbesondere die fachliche Qualifikation der Fachkräfte im Jugendamt, die Bearbeitung des Kinderschutzes im Mehraugenprinzip und die schriftliche Dokumentation des zum jeweiligen Zeitpunkt festgestellten Gefährdungsrisikos für das betroffene Kind und die Grundlagen für diese Bewertung beachtet werden (§ 5, Abs. 2 LKSchG).

Anlassbezogen oder spätestens alle 5 Jahre sollen die fachlichen Empfehlungen der Landesjugendämter überprüft und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden (§ 5, Abs. 3 LKSchG).

Der ASD der Stadt Siegen arbeitet seit vielen Jahren im Rahmen des Kinderschutzes mit einem fachlich standardisierten Vorgehen im 4-Augen-Prinzip und entsprechender Dokumentation, die an den im Gesetzestext genannten Empfehlungen der Landesjugendämter NRW orientiert ist. Für das Vorgehen gibt es eine Dienstanweisung (Anlage), die ausführlich die einzelnen Schritte beschreibt. Dazu gehören verschiedene Dokumentationsbögen, die ebenfalls den vorgenannten Anforderungen entsprechen (Anlage).

Daneben findet eine regelmäßige Fortbildung der Fachkräfte im Themenbereich statt.

Von Seiten des Landes wurde empfohlen, das Kindesschutzverfahren vom jeweiligen kommunalen Jugendhilfeausschuss verabschieden zu lassen. Zudem ist vorgesehen, die Dienstanweisung auch formal in die Dienstanweisungen der Stadtverwaltung Siegen aufnehmen zu lassen und dadurch deren Verbindlichkeit weiter zu betonen.

Gem. § 7 LKSChG können sich die Jugendämter mit Anliegen der **Qualitätsberatung** zum Kinderschutzverfahren an eine Fachstelle wenden, die beim Ministerium als oberste Landesjugendbehörde angesiedelt werden soll.

Ferner unterstützt diese Stelle das Jugendamt im Rahmen eines **Qualitätsentwicklungsverfahrens** (§ 8 LKSChG) durch die Evaluation einer repräsentativen Stichprobe der durchgeführten Gefährdungseinschätzungen der letzten 5 Jahre und legt darüber einen Bericht vor, der die Erkenntnisse der Evaluation darlegt und daraus resultierende Umsetzungsvorschläge gibt. Diese sollen bei Vorliegen dem JHA vorgestellt werden.

Zur interdisziplinären Zusammenarbeit sind bei der Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung sog. **Netzwerke Kinderschutz** (§ 9 LKSChG) zu bilden. Dieses soll die Rahmenbedingungen für eine effektive und schnelle Zusammenarbeit bei möglicher Kindeswohlgefährdung herstellen. Dazu gehören insbesondere die strukturelle Vernetzung der mit einer möglichen Kindeswohlgefährdung befassten Stellen, Absprachen zum Verfahren gem. § 8a SGB VIII und § 4 KKG sowie die Herstellung von Transparenz über Informationswege.

In § 9, Abs. 4 LKSChG werden 12 Institutionen benannt, die insbesondere am Netzwerk beteiligt werden sollen.

Das Jugendamt soll für das Netzwerk Kinderschutz eine eigene **Koordinierungsstelle** unterhalten, die das Netzwerk in seiner Aufgabenwahrnehmung fachlich begleitet, die Netzwerktreffen koordiniert, für das Netzwerk regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen organisiert und den Informationstransfer zu anderen Netzwerken und Arbeitsgemeinschaften mit Berührungspunkten zum Kinderschutz (z.B. Netzwerk Frühe Hilfen) herstellt.

Das Netzwerk Kinderschutz und die Koordinierungsstelle sollen mindestens dreimal jährlich interdisziplinäre Qualifizierungsangebote zur Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung für die Berufsgruppen gem. § 9 Abs. 4 LKSChG organisieren.

Die Besetzung der Stelle „Koordination Netzwerk Kinderschutz“ wird stadtintern ausgeschrieben und voraussichtlich besetzt. Die Stelle soll beim Familienbüro angesiedelt werden, da hier bereits das Netzwerk Frühe Hilfen koordiniert wird und es Schnittmengen und Anknüpfungspunkte zu dem Themenfeld gibt.

Spezifische **Kinderschutzkonzepte** sind für **Pflegekinder** zu entwickeln (§ 10 LKSChG). Dazu werden von den Landesjugendämtern Empfehlungen entwickelt, die ebenfalls alle 5 Jahre evaluiert und weiterentwickelt werden.

Das Jugendamt hat sicherzustellen, dass ein auf Grundlage der v.g. Empfehlungen entwickeltes Konzept während der Dauer eines Pflegeverhältnisses angewandt und auf das konkrete Pflegeverhältnis bezogen ausgestaltet wird. Dazu sollen die Pflegeperson und das Pflegekind vor und während des Pflegeverhältnisses beraten werden.

Ebenso sind Kinderschutzkonzepte (Sicherung deren Rechte und Schutz vor Gewalt) für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln, anzuwenden und zu überprüfen (§ 11 LKSchG).

Das gleiche gilt für alle Träger von betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen gem. § 45 SGB VIII, Träger von Einrichtungen oder Angeboten nach dem Kinder- und Jugendförderungs-gesetz, Kindertagespflegerpersonen und Trägern der OGGS. Die Umsetzung der Kinderschutzkonzepte soll fachlich beraten und durch **Qualifizierungsangebote** unterstützt werden.

Entsprechende Aktivitäten werden im Jugendamt bereits vorgenommen. Qualifizierungsangebote zum Kinderschutz sind bereits Bestandteil der Ausbildung für Kindertagespflegerpersonen und werden umgesetzt, für weitere Berufsgruppen bestehen entsprechende Planungen. Daneben unterstützt das Jugendamt im Rahmen der AG Jugendarbeit sowie über gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen für hauptberufliche Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtgebiet die Entwicklung von Rechte- und Schutzkonzepten in den Kinder- und Jugendeinrichtungen. Der Prozess wird fachlich von einer erfahrenen Fachkraft für strukturelle Prävention in der Kinder- und Jugendarbeit begleitet. Der Stadtjugendring Siegen e.V. ist im Prozess eingebunden und wird in der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit die Entwicklung von Schutzkonzepten beratend unterstützen.

Zur Durchführung der pflichtigen Aufgaben erhalten die Kommunen für die Aufgaben nach § 5 LKSchG (Fachliche Standards in Verfahren zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung), § 8 LKSchG (Qualitätsentwicklung) und § 9 LKSchG (Netzwerke Kinderschutz) einen Belastungsausgleich durch das Land (§ 12 LKSchG).

Gem. Leistungsbescheid vom 19.08.2022 wurden zum 30.09.2022 bereits 237.452,0 € ausgezahlt. Für die Folgejahre erfolgt jeweils zum 30.06. des Jahres in 2023 eine Auszahlung in Höhe von 358.362,00 € und ab 2024 in Höhe von 360.547,00 €.

Berechnung:

Siegen: 16.432 (Kinder und Jugendliche lt. IT-NRW zum 31.12.2020 in Siegen)

NRW: 3.017.836

Quotient: 0,54%

Leistung	Ausgleich NRW	Ausgleich Siegen	Kostenart
§ 8, Qualitätsentwicklung	812.617 € : 186 Jugendämter NRW	2022: 0,00 € 2023: 2184,45 € 2024: 4368,91 €	Personalkosten
§ 5, fachliche Standards im Kinderschutzverfahren	54.487.654 € *0,54%	296.683,18 €	Personalkosten: 257.985,36 € Sachkosten: 25.798,54 € Verwaltungsgemeink.: 12.899,27 €
§ 9, Netzwerk Kinder-	14.204.762 €	59.494,56 €	Personalkosten

schutz			für 0, 5 VZÄ : 45.089,37 Sachkosten: 5.000 € Fortbildungskosten: 9.405,19 €
Summen			
2022	45.794.944 €	237.452,00 €	zum 30.09.2022
2023	69.098.724 €	358.362,00 €	zum 30.06.2023
ab 2024	69.505.033 €	360.547,00 €	zum 30.06.2024

Die Mittel werden zweckgebunden verwendet. Bzgl. der Mittel zu § 5 werden diese teilweise zur Erfüllung des Gesetzauftrages und teilweise zur Refinanzierung vorhandener Stellenanteile für diesen Aufgabenbereich eingesetzt, da die hier umgesetzten Standards den gesetzlichen Forderungen bereits jetzt weitestgehend entsprechen.

Ein Verwendungsnachweisverfahren findet laut o.g. Leistungsbescheid nicht statt.

Die Mittel werden vereinnahmt unter:

Produkt: 06.01.01 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Kostenträger: 06.01.01.00

Konto: 4131000

Kostenstelle: 530000

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
----------------------------------------	------------------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	----------------------------------------------------

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Erläuterung Klimarelevanz

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

Im Auftrag

gez.

Georg Ritter
Abteilungsleiter 5/3 Soziale Dienste

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Fallerfassungsbogen Kinderschutz

Datum der Meldung:

Richtigkeit der Daten mit der EWO abgleichen/Stammdaten aktualisieren.

Kind (er) (Name, Geburtsdatum, Anschrift) :

Mutter, Geburtsdatum, Anschrift (falls abweichend), Telefon:

Vater, Geburtsdatum, Anschrift (falls abweichend), Telefon:

andere Bezugsperson (ggfs. Anschrift und Telefon):

Anonym (Problematik einer anonymen Meldung wird erläutert): ☐

Meldeperson, Anschrift / Telefon/ Email-Adresse:

Zugang: ☐ telefonisch ☐ persönlich im JA ☐ schriftlich ☐ Polizeibericht
☐ Hausbesuch ☐ per email ☐ sonstige:

Fallannahmende/r:

Zuständigkeit laut Sopart:

ASD Team Zuständigkeit:

1. Zu den Kindern:

Bitte nachfolgende Kriterien auf die einzelnen Kinder beziehen, Lebensalter in Klammern hinter den Namen einfügen

Versorgungssituation:

-Ernährung:

-Betreuung:

-Kleidung:

Erscheinungsbild / Pflegezustand / Gesundheitszustand:

Verhalten / Auffälligkeiten:

Gewalt (physisch, psychisch, sexuelle):

Mit konkreter Beschreibung Wer? Wie? Wann? Was? Wo? Wie häufig?

2. Zu den Eltern / sonstigen Personen

Berufstätigkeit / Auffälligkeiten / Verhalten/ Kooperationsbereitschaft:

3. Häusliche Situation

Wohnungszustand, Sauberkeit etc.

4. Institutionen und sonstige Personen

z.B. Kindergarten, Schule, Jugendtreff, Verwandte, Bekannte, Ärzte etc.

5. Zur Meldeperson

Warum erfolgt die Meldung jetzt?

Beziehung zur Familie? Seit wann und wodurch sind die Gefährdungsaspekte bekannt geworden? Einschätzung der Dringlichkeit? Motivation?

Hat die Meldeperson mit den Eltern Kontakt aufgenommen?

Ja, mit welchem Ergebnis? Nein mit Begründung

Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Meldeperson mit dem Jugendamt?

Wenn Bereitschaft besteht, in welcher Form, ggf. gem. Termin etc./ oder keine Bereitschaft

Welche Vereinbarung zur Rückmeldung an die Meldeperson gab es?

Der Meldung wird nachgegangen und keine weitere Rückmeldung. Sonstige Rückmeldung:

6. Fachkraft

Fall im ASD bekannt? (Hinweis auf entsprechende Auswahlfunktion bei Sopart mit Strg und Q Taste)

Wenn ja: letzter Eintrag in Sopart vom:

Tätigkeitsbereich:

bisherige Kinderschutzmeldungen:

7. Vorläufige Einordnung aufgrund der Meldeinhalte:

Welche gewichtigen Gefährdungsaspekte wurden benannt? Bitte konkret beschreiben.

Gefühl / Intuition / Einschätzung der Fachkraft:

8. Ergebnis / Entscheidung / Begründung:☐ Fachlicher Austausch am: Beteiligte:☐ Angelegenheit erledigt, weil:**9. Weiteres Vorgehen:**

<input type="checkbox"/> unangemeldeter Hausbesuch	<input type="checkbox"/> sofort	<input type="checkbox"/> innerhalb 24 h	<input type="checkbox"/> innerhalb 1 Woche
	<input type="checkbox"/> nächster Werktag		<input type="checkbox"/> am:

<input type="checkbox"/> angemeldeter Hausbesuch	<input type="checkbox"/> sofort	<input type="checkbox"/> innerhalb 24 h	<input type="checkbox"/> innerhalb 1 Woche
	<input type="checkbox"/> nächster Werktag		<input type="checkbox"/> am:

<input type="checkbox"/> Einladung ins JA	<input type="checkbox"/> sofort	<input type="checkbox"/> innerhalb 24 h	<input type="checkbox"/> innerhalb 1 Woche
	<input type="checkbox"/> nächster Werktag		<input type="checkbox"/> am:

Begründung (inhaltlich und zeitlich):

Telefonate mit:

Sonstiges:

Übergabe am: an:

Datum und Unterschrift
(Fallaufnehmende/r)

Datum und Unterschrift ASD-Leitung

Vorläufige Gefährdungseinschätzung

Kind(er) Name, Geburtsdatum , Anschrift :

Mutter, Geburtsdatum, Anschrift falls abweichend, Telefon:

Vater, Geburtsdatum, Anschrift falls abweichend, Telefon:

andere Bezugsperson, ggfs. Anschrift und Telefon:

☐ Hausbesuch ☐ Gespräch im JA ☐ sonstiger Ort:

Datum:

Anwesende (mit Funktion/Rolle):

Welche/s Kind/er konnte/n nicht gesehen werden:

<u>Beobachtungen:</u> <small>(siehe Anlage 1)</small>	Kein Hilfebedarf	Hilfebedarf	drohende Gefährdung	Gefährdung
1 Angetroffene häusliche Situation (Wohnungszustand, Schlafplatz, Versorgungslage, Gefahrenquellen...)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2 Soziale Situation der Familie (Finanzielle Situation, Arbeitstätig- keit, akute Problemlagen...)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3 Haltung der Mutter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haltung des Vater	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(zur Problembeschreibung, Koopera- tionsbereitschaft, Veränderungsbe- reitschaft...)				
4 Erscheinungsbild des Kindes (bezogen auf Pflege, Kleidung, Er- nährungszustand etc., Anzeichen von Vernachlässigung, Gewalt...)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5 Verhalten des Kindes (aggressives, distanzloses, hyperakti- ves, verängstigtes Verhalten, ...)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6 Verhalten der Mutter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verhalten des Vaters	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7 Verhalten weiterer Bezugspersonen (gilt für 6-7. Anzeichen von Partner- schaftsgewalt, Schütteln, Schlagen, Einsperren, Fürsorge, Isolierung, Gesundheit...)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Eindruck zum Entwicklungsstand des Kindes:

Sprache, Motorik, körperliche Status, Verhalten

Schutzfaktoren/ Ressourcen:

beim Kind: Temperament, Intelligenz, sichere Bindungserfahrung,...

den Eltern: Empathie, gute Selbstregulation, Fähigkeit der Hilfeannahme, Kompetenzen,...

der Familie: Zusammenhalt, alltägliche Strukturierungsfähigkeit, Ziele, Kompetenzen...

im Umfeld: Sportverein, Hobby, Integration, Durchsetzungsvermögen mit Behörden, Kirche,

Risikofaktoren:

beim Kind: Frühgeburt, Behinderung, Position in der Familie, ...

den Eltern: Psychische- oder Suchterkrankung, negative Einstellung zum Kind, biografische Belastung, ...

dem sozialen Umfeld, in Rahmenbedingungen :Armutsrisiko, Gewalt, Trennung, Isolation, Leistungsdruck, mangelnde Betreuungsangebote,...

Kooperationsverhalten / Veränderungsbereitschaft:☐ kooperativ / mitarbeitend ☐ evtl. schein kooperativ/ nicht eindeutig ☐ ablehnend / nicht kooperativ

Begründung:

Einschätzung:**a) Keine Gefährdung:**Liegt keine Gefährdung vor, sind die **gewichtigen Gefährdungsaspekte** (aus Bogen 1 Punkt 7) bezogen auf jedes Kind **zu entkräften**:Sichtweise des Kindes / der Kinder:Sichtweise der Erziehungsberechtigten:Fachliche Einschätzung:**b) (drohende) Gefährdung:**Liegt eine (drohende) Gefährdung vor, sind die **gewichtigen Gefährdungsaspekte** (aus Bogen 1 Punkt 7) **qualitativ auf jedes einzelne Kind zu beschreiben**:Sichtweise des Kindes / der Kinder:Sichtweise der Erziehungsberechtigten:Fachliche Einschätzung:**Ergebnis der vorläufigen Gefährdungseinschätzung:**☐ kein Hilfebedarf, weil:☐ Hilfebedarf☐ Beratungsangebot, z.B. nach § 16 SGB VIII☐ Angebot HZE nach §§ 27 ff SGB VIII

Begründung:

☐ Kinderschutzverfahren abgeschlossen, weil:

☐ drohende Gefährdung
Begründung:

☐ Aufträge/Kontrolle/Schutzplan

☐ Gefährdung
Begründung:

☐ Auflagen/Kontrolle/Schutzplan ☐ Gericht ☐ ION

Weiteres Vorgehen / Vereinbarungen:

☐ Gefährdungseinschätzung am:

☐ Kontaktaufnahme zur Institution / Person

☐ Inaugenscheinnahme nicht gesehener Kinder am:

☐ weiterer Kontakt (Hausbesuch, Gespräch im JA etc.) am:

☐ Rückmeldung an Meldeperson/Institution nach Absprache mit der Familie

☐ Vereinbarungen:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

☐ LDS-Meldung am:

Wiedervorlage am:

Datum und Unterschrift (fallverantwortliche Fachkraft)

Datum und Unterschrift (zweite Fachkraft)

Datum und Unterschrift (ASD-Leitung)

Vorbereitung der Gefährdungseinschätzung

Von möglicher Gefährdung betroffene(s) Kind(er):

Personensorgeberechtigte:

zuständige Fachkraft ASD:

zuständige Fachkraft Träger:

Beratung am:

Teilnehmer/Innen (mit Funktion/ Rolle):

Zuletzt festgehaltene Falleinordnung vom:

☐ kein Hilfebedarf ☐ Hilfebedarf ☐ drohende Gefährdung ☐ Gefährdung

☐ keine bisherige Einordnung

☐ Überprüfung des Schutzplanes vom:

Bisheriger Fallverlauf, Hilfeangebote, Ziele:

Gewichtige Anhaltspunkte für eine mögliche Gefährdung:

Eindruck zum Entwicklungsstand des Kindes:

(Sprache, Motorik, körperliche Statur...)

Schutzfaktoren / Ressourcen:

beim Kind (Temperament, Intelligenz, sichere Bindungserfahrung...)

den Eltern (Empathie, gute Selbstregulation, Fähigkeit der Hilfeannahme, Kompetenzen)

der Familie (Zusammenhalt, alltägliche Strukturierungsfähigkeit, Ziele, Kompetenzen...)

im Umfeld (Sportverein, Hobby, Integration, Durchsetzungsvermögen mit Behörden, Kirche)

Risikofaktoren:

beim Kind (Frühgeburt, Behinderung, Position in der Familie,...)

den Eltern (Psychische oder Suchterkrankung, negative Einstellung zum Kind, biografische Belastung,...)

dem sozialen Umfeld, in Rahmenbedingungen (Armutrisiko, Gewalt, Trennung, Isolation, Leistungsdruck, mangelnde Betreuungsangebote,...)

Kooperationsverhalten / Veränderungsbereitschaft:

☐ kooperativ / mitarbeitend ☐ evtl. scheinkooperativ/ nicht eindeutig ☐ ablehnend / nicht kooperativ

Begründung:

Ort/ Datum:

Unterschrift (zuständige ASD Fachkraft)

Protokoll Gefährdungseinschätzung

3. Bogen

Von möglicher Gefährdung betroffenes/r Kind /Jugendlicher:

(Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift)

Personensorgeberechtigte:

Gefährdungseinschätzung vom:
Teilnehmer*innen (mit Funktion):

zuständige Fachkraft ASD:
zuständige Fachkraft Träger:

Falldarstellung (siehe Inhalte 2a. oder 2b. Bogen)

Aktuelle Informationen

Einschätzungen im Hinblick auf die aktuelle Gefährdungssituation mit Begründung

Die jeweiligen Gefährdungsaspekte einzeln bewerten. Pro Gefährdungsaspekt ein Raster.

Gefährdungsaspekt 1:	
kein Hilfe- bedarf	
Hilfebedarf	
drohende Gefährdung	
Gefährdung	

Protokoll Gefährdungseinschätzung

3. Bogen

Gefährdungsaspekt 2:

kein Hilfe- bedarf	
Hilfebedarf	
drohende Gefährdung	
Gefährdung	

Abschließendes Ergebnis der fallzuständigen Fachkraft:

☐ kein Hilfebedarf ☐ Hilfebedarf ☐ drohende Gefährdung ☐ Gefährdung

☐ Kinderschutzverfahren abgeschlossen

☐ LDS-Meldung am:

Begründung (bitte konkret beschreiben):

Konkrete weitere Schritte (ggf. Inhalte für den Schutzplan):

Protokoll Gefährdungseinschätzung

3. Bogen

Ort / Datum:

Unterschrift zuständige Fachkraft:

Ort / Datum:

Unterschrift der Leitung:

Von möglicher Gefährdung betroffene(s) Kind(er):

(Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift)

Die in Folge der letzten Gefährdungseinschätzung vom (Datum) erteilten Restaufträge

-
-
-

wurden umgesetzt.

Die festgestellten Gefährdungsaspekte konnten beseitigt werden. Eine weitere Gefährdungseinschätzung ist deshalb nicht notwendig.

☐ Kinderschutzverfahren abgeschlossen

☐ kein Hilfebedarf

☐ Hilfebedarf

☐ Beratungsangebot

☐ Angebot HZE nach §§ 27 ff SGB VIII

☐ LDS-Meldung am:

Konkrete weitere Schritte:

Datum:

Unterschrift zuständige Fachkraft:

Datum:

Unterschrift der Leitung:

Anlage 1

Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung

Die nachfolgend aufgeführten Anhaltspunkte sind keine abschließende Auflistung. Sie erfassen nicht alle denkbaren Gefährdungssituationen und müssen im Rahmen des fachlichen Austausches gewichtet werden.

Äußere Erscheinung des Kindes

- Deutliche Zeichen von Verletzungen (z.B. Blutergüsse, Striemen, Narben, Knochenbrüche, Verbrennungen) ohne erklärbar unverfängliche Ursache bzw. häufige Krankenhausaufenthalte aufgrund von angeblichen Unfällen.
- Starke Unterernährung
- Fehlen jeder Körperhygiene (z. B. Schmutz- und Kotreste auf der Haut des Kindes/faulende Zähne)
- Mehrfach völlig witterungsunangemessene oder völlig verschmutzte Bekleidung

Verhalten des Kindes

- Wiederholte oder schwere gewalttätige und/oder sexuelle Übergriffe gegen andere Personen
- Kind wirkt berauscht und/oder benommen bzw. im Steuern seiner Handlungen unkoordiniert (Einfluss von Drogen, Alkohol, Medikamenten)
- Wiederholtes apathisches oder stark verängstigtes Verhalten des Kindes
- Äußerungen des Kindes, die auf Misshandlung, sexuellen Missbrauch oder Vernachlässigung hinweisen.
- Kind hält sich wiederholt zu altersungemessenen Zeiten ohne Erziehungsperson in der Öffentlichkeit auf (z. B. nachts alleine auf dem Spielplatz).
- Kind hält sich an jugendgefährdenden Orten auf (z. B. Stricherszene, Lokale aus der Prostitutionsszene, Spielhalle, Nachtclub).
- Offensichtlich schulpflichtige Kinder bleiben ständig oder häufig der Schule fern.
- Kind begeht gehäufte Straftaten.
- Starke, deutliche Veränderungen im Verhalten
- Distanzlosigkeit

Verhalten der Erziehungspersonen der häuslichen Gemeinschaft

- Wiederholte oder schwere Gewalt zwischen den Erziehungspersonen.
- Nicht ausreichende oder völlig unzuverlässige Bereitstellung von Nahrung.
- Massive oder häufige körperliche Gewalt gegenüber dem Kind (z. B. Schütteln, Schlagen, Einsperren).
- Häufiges massives Beschimpfen, Ängstigen oder erniedrigen des Kindes.
- Gewährung des unbeschränkten Zugangs zu Gewalt verherrlichenden oder pornographischen Medien.
- Verweigerung der Krankheitsbehandlung oder der Förderung behinderter Kinder.
- Isolierung des Kindes (z. B. Kontaktverbot zu Gleichaltrigen)

Familiäre Situation

- Obdachlosigkeit (Familie bzw. Kind lebt auf der Straße).
- Kleinkind wird häufig oder über einen langen Zeitraum unbeaufsichtigt oder in Obhut offenkundig ungeeigneten Personen gelassen.
- Kind wird zur Begehung von Straftaten oder sonst verwerflichen Taten eingesetzt (z. B. Diebstahl, Bettelerei).

Persönliche Situation der Erziehungspersonen der häuslichen Gemeinschaft

- Wohnung ist stark vermüllt, völlig verdreckt oder weist Spuren äußerer Gewaltanwendung auf (z. B. stark beschädigte Türen).
- Nichtbeseitigung von erheblichen Gefahren im Haushalt (z. B. durch defekte Stromkabel oder Steckdosen, Herumliegen von „Spritzbesteck“).
- Das Fehlen von eigenem Schlafplatz bzw. von jeglichem Spielzeug für das Kind.
- Leben in völliger Abgeschlossenheit (keine sozialen Kontakte).

Schutzplan
bei Kindeswohlgefährdung oder (drohender) Kindeswohlgefährdung

Datum:

für das Kind/die Kinder

1. Vorname, Name, Geb.Datum
- 2.

Erziehungsberechtigte:

1. Vorname, Name
- 2.

Kontakt Daten Jugendamt der Stadt Siegen, Allgemeiner Sozialdienst (ASD):

Name, Anschrift, Tel. Nr., Email

1. festgestellte (drohende) Gefährdung

2. Vereinbarungen zur Abwendung der (drohenden) Gefährdung (Aufträge, Auflagen, notwendige Maßnahmen)

3. Handlungsschritte, Verantwortlichkeiten, Fristen (wer, was, bis wann)

4. Vereinbarungen zu Form und Zeitpunkt der Kontrolle (wer, was, wann)

5. Konsequenzen bei Nichterfüllung der Vereinbarung

Die vorgenannte Feststellungen zur Gefährdung und die Dinge, die deshalb von mir /uns getan werden müssen, um die (drohende) Gefährdung abzuwenden, wurden mit mir/uns besprochen. Ich/wir stimme/n den Vereinbarungen zu und verpflichte/n mich/uns, diese wie oben beschrieben umzusetzen. Falls ich/wir das nicht tun, haben wir die daraus folgenden Konsequenzen für mich/uns verstanden.

Der Schutzplan ist befristet bis zum xx.xx.xxxx (max. drei Monate).

Unterschriften der Erziehungsberechtigten:

Unterschrift zuständige Fachkraft ASD:

Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes

Vom 13. April 2022

Artikel 1

Gesetz zum Schutz des Kindeswohls und zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen (Landeskinderschutzgesetz NRW)

Teil 1

Grundsätze und Ziele

§ 1

Kinderrechte, Grundsätze

(1) Kinderschutz dient dem Zweck, den Rechten des Kindes oder der jugendlichen Person im Sinne von Artikel 3 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 (BGBl. 1992 II S. 121), Artikel 6 des Grundgesetzes und Artikel 6 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen zur praktischen Wirksamkeit zu verhelfen.

(2) Kinderschutz und Kinderrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Voraussetzung für ihre Verwirklichung ist, dass die bestehenden Rechte auf Gehör und auf Berücksichtigung der Meinung von Kindern und Jugendlichen entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife effektiv berücksichtigt werden. Dabei sind die besonderen Belange von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung zu beachten.

(3) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Alle nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zum Kinderschutz berufenen Stellen sichern darüber hinaus die Rechte des Kindes oder der jugendlichen Person im Wege des kooperativen, institutionellen und intervenierenden Kinderschutzes.

§ 2

Ziele, Aufgaben und Begriffsbestimmungen

(1) Zum Zwecke des Kinderschutzes sieht dieses Gesetz Fachstandards und Maßstäbe ihrer Qualitätsentwicklung vor, benennt Instrumente der interdisziplinären Zusammenarbeit unter Beteiligung der für den Kinderschutz Verantwortlichen und Dritter und legt Maßstäbe für den Schutz von Kindern in Einrichtungen unabhängig von deren Trägerschaft fest, die durch das Land gefördert werden.

(2) Kinderschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die durch staatliche und private Stellen, Körperschaften, Anstalten, Stiftungen oder sonstige rechtsfähige oder teilrechtsfähige Einrichtungen unabhängig von Rechtsform und Trägerschaft sowie natürliche Personen ausgeübt wird.

(3) Für die Begriffe Kind und jugendliche Person gelten die Definitionen des § 7 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607) geändert worden ist.

(4) Beteiligte oder Beteiligter am Kinderschutz im Sinne dieses Gesetzes ist jede natürliche oder juristische Person, die Aufgaben des Kinderschutzes wahrnimmt. Ein förmlicher Bestellungs- oder Übertragungsakt ist nicht erforderlich.

(5) Kooperativer Kinderschutz besteht in der Bildung, Aufrechterhaltung und fachlichen Qualifikation interdisziplinärer Netzwerke zwischen Beteiligten am Kinderschutz mit dem Ziel, die Rechtspositionen des Kindes im Sinne von § 1 Absatz 1 zu wahren und zu fördern.

(6) Institutioneller Kinderschutz im Sinne dieses Gesetzes besteht in der Ausgestaltung von Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe unabhängig von ihrer Rechtsnatur oder Trägerschaft einschließlich der fachlichen Qualifikationen und persönlichen Eignung der in, bei oder mit ihnen Beschäftigten oder sonst Tätigen in einer die Rechtspositionen des Kindes im Sinne von § 1 Absatz 1 und 3 Satz 2 wahren oder fördernden Art und Weise.

(7) Intervenierender Kinderschutz im Sinne dieses Gesetzes umfasst die entsprechenden Regelungen des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2975), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1444) geändert worden ist, den Schutzauftrag nach § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch sowie die den staatlichen Stellen zustehenden Eingriffsmittel in den Rechtskreis Dritter bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung.

Teil 2

Stärkung der Rechte und des Schutzes von Kindern und Jugendlichen

§ 3

Kinder- und Jugendhilfe, Recht auf Beratung, Beteiligung und Information

(1) Öffentliche und freie Jugendhilfe unterstützen Kinder und Jugendliche in Gestalt der Verwirklichung des Schutzauftrages aus § 1 Absatz 1. Sie achten dabei die individuellen Lebens- und Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen und tragen dazu bei, Benachteiligungen zu vermeiden und abzubauen.

(2) Kinder und Jugendliche sind im Rahmen des § 8 des Achten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen oder freien Jugendhilfe zu beteiligen und in geeigneter Weise über ihre Rechte zu informieren. Dies erfolgt in einer für die Kinder und Jugendlichen verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Art und Weise.

(3) Im Zusammenhang mit Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch und deren Wahrnehmung durch die öffentliche oder freie Jugendhilfe hat das Jugendamt Kinder und Jugendliche und ihre Familien auf die Möglichkeit der Beratung in einer sowie Vermittlung und Klärung bei Konflikten durch eine Ombudsstelle nach § 9a des Achten Buches Sozialgesetzbuch hinzuweisen.

Teil 3

Verfahren im Kinderschutz

§ 4

Aufgaben des Jugendamtes im Kinderschutzverfahren

- (1) Das Jugendamt ist die zentrale Stelle für die Aufgabenwahrnehmung bei Kindeswohlgefährdungen. Zur Wahrnehmung des Schutzauftrages wirkt das Jugendamt gemeinsam mit anderen, dem Kindeswohl dienenden Institutionen und Professionen gemäß § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch und § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz zusammen. Die Regelungen nach § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz bleiben unberührt.
- (2) Das Jugendamt stellt durch geeignete Vorkehrungen sicher, dass Informationen über mögliche Gefährdungen von Kindern oder Jugendlichen zu jeder Zeit aufgenommen und bearbeitet werden. Es sorgt dafür, dass ein unverzügliches Handeln sichergestellt ist, um Gefahren für das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu begegnen.
- (3) Das Jugendamt beteiligt Kinder und Jugendliche bei der Gefährdungseinschätzung und im gesamten Verfahren nach § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife, soweit hierdurch der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieser jugendlichen Person nicht in Frage gestellt wird.

§ 5

Fachliche Standards in Verfahren zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

- (1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben nach § 79a Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung für den Prozess der Gefährdungseinschätzung nach § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen. Sie sollen dabei als Mindeststandard die fachlichen Empfehlungen „Empfehlung Schutzauftrag. Gelingensfaktoren bei der Wahrnehmung des Schutzauftrags gemäß § 8a SGB VIII. Empfehlungen für die Jugendämter“ der nach § 85 Absatz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zuständigen Behörde in ihrer im Dezember 2020 veröffentlichten, beziehungsweise nach Maßgabe des Absatzes 3 weiterentwickelten Fassung, berücksichtigen.
- (2) Bei der Anwendung des Absatzes 1 haben die Jugendämter insbesondere die Beachtung folgender Verfahrensstandards sicherzustellen:
1. die geeignete fachliche Qualifikation der Fachkräfte im Jugendamt gemäß § 72 Absatz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch,
 2. das Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte im Wege eines Mehraugenprinzips und
 3. die schriftliche oder elektronische Dokumentation des zum jeweiligen Zeitpunkt festgestellten Gefährdungsrisikos für das betroffene Kind oder die betroffene jugendliche Person und der diese Risikobewertung tragenden tatsächlichen Umstände.
- (3) Die Landesjugendämter überprüfen die fachlichen Empfehlungen nach Absatz 1 Satz 2 anlassbezogen, spätestens aber alle fünf Jahre und entwickeln diese im Einvernehmen mit der obersten Landesjugendbehörde bedarfsgerecht weiter. Dabei sollen Erkenntnisse aus den Qualitätsentwicklungsverfahren nach § 8 berücksichtigt werden.

§ 6

Stelle für Qualitätssicherung

Die oberste Landesjugendbehörde bestimmt eine für die Qualitätsberatung nach § 7 und das Qualitätsentwicklungsverfahren nach § 8 zuständige Stelle.

§ 7 Qualitätsberatung

(1) Die Jugendämter können sich in laufenden Verfahren nach § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch stets mit dem Anliegen einer Qualitätsberatung an die nach § 6 zuständige Stelle wenden.

(2) Bei der Qualitätsberatung bietet die nach § 6 zuständige Stelle den Jugendämtern die fachliche Reflexion und Einschätzung konkreter, sich aus einem Sachverhalt bei einem Verfahren nach § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch ergebender Einzelfragen oder abstrakter, aus einer Vielzahl ähnlich liegender Sachverhalte folgender Problemkonstellationen an und unterstützt oder berät sie bei deren Beurteilung.

(3) Die Auswahl der Sachverhalte oder Problemstellungen obliegt allein dem Jugendamt. Entscheidungen mit Außenwirkung darf die nach § 6 zuständige Stelle nicht treffen, die Verfahrenshoheit verbleibt ausschließlich beim zuständigen Jugendamt.

§ 8 Qualitätsentwicklungsverfahren

(1) Die nach § 6 zuständige Stelle unterstützt die Anwendung der fachlichen Empfehlungen gemäß § 5 Absatz 1 und 2 und die Qualitätsentwicklung gemäß § 79a des Achten Buches Sozialgesetzbuch in einem verbindlichen Verfahren (Qualitätsentwicklungsverfahren). Das Qualitätsentwicklungsverfahren besteht aus einer Evaluation und fachlichen Einordnung von konkreten Fallanalysen bereits abgeschlossener Sachverhalte sowie von Merkmalen zur Strukturqualität. Darauf aufbauend sollen Beratungsprozesse erfolgen. Das Qualitätsentwicklungsverfahren wird gemeinsam von den Jugendämtern und der nach § 6 zuständigen Stelle durchgeführt. Das Nähere zur Ausgestaltung des Qualitätsentwicklungsverfahrens regelt die nach § 6 zuständige Stelle in Abstimmung mit der obersten Landesjugendbehörde.

(2) Das Qualitätsentwicklungsverfahren wird wiederkehrend alle fünf Jahre durchgeführt. In einem Turnus von fünf Jahren sollen Qualitätsentwicklungsverfahren in allen Jugendämtern durchgeführt werden.

(3) Die Auswahl der konkreten Fälle für das Qualitätsentwicklungsverfahren erfolgt ausschließlich durch das Jugendamt. Die Auswahl soll einer möglichst repräsentativen Stichprobe der durchgeführten Gefährdungseinschätzungen der vergangenen fünf Jahre entsprechen. Sie umfasst deshalb sowohl zielgerichtet als auch zufällig ausgewählte Gegenstände.

(4) Die Durchführung eines Qualitätsentwicklungsverfahrens ist darüber hinaus auch ohne Rücksicht auf den Turnus zulässig, sofern ein Jugendamt oder die zuständige Stelle nach § 6 dies im Einzelfall anregt.

(5) Die nach § 6 zuständige Stelle erstellt über jedes Qualitätsentwicklungsverfahren einen Bericht, der dem Jugendamt vorgelegt wird. Zu den Erkenntnissen des Berichtes und daraus resultierenden Umsetzungsvorschlägen soll die Verwaltung des Jugendamtes im örtlichen Jugendhilfeausschuss berichten.

(6) Die nach § 6 zuständige Stelle veröffentlicht wiederkehrend alle fünf Jahre einen auswertenden Bericht aller in diesem Zeitraum durchgeführten Qualitätsentwicklungsverfahren in anonymisierter Form.

Teil 4

Interdisziplinäre Kooperation im Kinderschutz

§ 9

Netzwerke Kinderschutz

(1) Die Jugendämter bilden Netzwerke zur interdisziplinären Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung (Netzwerke Kinderschutz). Die Netzwerke Kinderschutz werden in jedem Jugendamtsbezirk oder jugendamtsbezirksübergreifend in interkommunaler Zusammenarbeit mehrerer benachbarter Gemeinden oder innerhalb eines Kreises gebildet, finanziert, koordiniert und laufend weiterentwickelt. Eine interkommunale Zusammenarbeit soll in Vereinbarungen geregelt werden.

(2) Jedes Jugendamt unterhält eine Koordinierungsstelle für das Netzwerk Kinderschutz, das es gebildet hat oder an dem es beteiligt ist. Im Falle eines interkommunalen Netzwerkes soll die Zusammenarbeit der beteiligten Koordinierungsstellen in Vereinbarungen geregelt werden. Aufgaben der Koordinierungsstellen sind insbesondere

1. die fachliche Begleitung des Netzwerkes in seiner Aufgabenwahrnehmung,
2. die Koordinierung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Netzwerkstrukturen, insbesondere der Netzwerktreffen,
3. die bedarfsgerechte Organisation regelmäßiger Fortbildungsangebote für die am Netzwerk Teilnehmenden und
4. der Informationstransfer zu und aus sowie die Vertretung in anderen Netzwerken und Arbeitsgemeinschaften im Jugendamtsbezirk mit Berührungspunkten zum Kinderschutz.

(3) Das Netzwerk Kinderschutz soll die Rahmenbedingungen für eine effektive und schnelle Zusammenarbeit bei möglicher Kindeswohlgefährdung sicherstellen. Hierzu gehören insbesondere

1. die strukturelle Vernetzung der mit einer möglichen Kindeswohlgefährdung befassten Stellen im Jugendamtsbezirk,
2. Absprachen zum Verfahren bei möglicher Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch und § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz und
3. die Herstellung von Transparenz über Mitteilungswege und die Übermittlung von Informationen gemäß § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz.

Zur Erreichung der in den Sätzen 1 und 2 genannten Ziele können im Netzwerk anonymisierte Fallkonferenzen durchgeführt werden. Das Netzwerk informiert bürgernah die Öffentlichkeit über Verfahren, Strukturen und Ansprechpersonen im Kinderschutz.

(4) In das Netzwerk Kinderschutz sollen Vertretungen insbesondere folgender Einrichtungen oder Berufsgruppen einbezogen werden:

1. das Jugendamt, insbesondere der Allgemeine Soziale Dienst,
2. Träger von Einrichtungen und Diensten, mit denen Vereinbarungen gemäß § 8a Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch bestehen,
3. insoweit erfahrene Fachkräfte,
4. Geheimnisträger gemäß § 4 Absatz 1 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz,
5. Schulen,
6. Gesundheitsämter,
7. Polizei- und Ordnungsbehörden,
8. Familiengerichte,
9. Staatsanwaltschaften,
10. Verfahrensbeistände,
11. Träger der Eingliederungshilfe für Minderjährige nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234), das zuletzt durch Artikel 7c des Gesetzes vom 27. September 2021 (BGBl. I S. 4530) geändert worden ist, und
12. Netzwerke Frühe Hilfen.

Weitere Einrichtungen und Berufsgruppen können nach Maßgabe der örtlichen Gegebenheiten vertreten sein.

(5) Das Netzwerk Kinderschutz organisiert mit Unterstützung der Koordinierungsstelle Kinderschutz bedarfsgerecht, mindestens jedoch dreimal jährlich, interdisziplinäre Qualifizierungsangebote zur Wahrnehmung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung für Einrichtungen oder Berufsgruppen nach Absatz 4.

Teil 5

Kinderschutzkonzepte

§ 10

Pflegekinderhilfe

(1) Zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Pflegeverhältnissen entwickeln die Landesjugendämter Empfehlungen gemäß § 79a des Achten Buches Sozialgesetzbuch für die Jugendämter.

(2) Die Landesjugendämter überprüfen die Empfehlungen anlassbezogen, spätestens aber alle fünf Jahre, und entwickeln diese bedarfsgerecht weiter. An diesem Prozess wird auch die oberste Landesjugendbehörde beteiligt.

(3) Das Jugendamt stellt im Rahmen des § 37b Absatz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch sicher, dass während der Dauer des Pflegeverhältnisses ein nach Maßgabe fachlicher Handlungsleitlinien nach § 79a des Achten Buches Sozialgesetzbuch entwickeltes Konzept zur Sicherung der Rechte des Kindes oder der jugendlichen Person und zum Schutz vor Gewalt angewandt wird. Hierzu sollen die Pflegeperson sowie das Kind oder die jugendliche Person vor der Aufnahme und während der Dauer des Pflegeverhältnisses beraten und an der auf das konkrete Pflegeverhältnis bezogenen Ausgestaltung des Konzepts beteiligt werden.

§ 11

Schutzkonzepte in Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe

(1) Nach den Maßgaben der Regelungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch sowie dieses Gesetzes ist in Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe ein Konzept zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen und zu deren Schutz vor Gewalt zu entwickeln, anzuwenden und zu überprüfen oder auf die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung hinzuwirken sowie die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 8a Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch sicherzustellen (Kinderschutzkonzept). Dieses Konzept umfasst Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt, Machtmissbrauch in der Einrichtung oder dem Angebot sowie Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung. Das Kinderschutzkonzept ist angepasst auf die Einrichtung oder das Angebot zu entwickeln. Kinder und Jugendliche sind an der Entwicklung des Kinderschutzkonzeptes entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife zu beteiligen.

(2) Die Träger von Einrichtungen im Sinne des § 45a des Achten Buches Sozialgesetzbuch haben im Rahmen des § 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Schutzkonzeptes vor Gewalt zu gewährleisten. In Vereinbarungen der Jugendämter mit den Trägern ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 8a Absatz 4 SGB des Achten Buches Sozialgesetzbuch sicherzustellen.

(3) Die Träger von Einrichtungen oder Angeboten nach dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz vom 12. Oktober 2004 ([GV. NRW. S. 572](#)), das zuletzt durch Gesetz vom 26. Februar 2019 ([GV. NRW. S. 151](#)) geändert worden ist, wirken auf die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Kinderschutzkonzeptes hin, sofern sie Förderung aus Landesmitteln gemäß § 16 Absatz 1 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes beantragen oder bereits erhalten.

(4) Kindertagespflegepersonen haben auch in ihrer pädagogischen Konzeption die Sicherung der Rechte von Kindern zu gewährleisten. Sie haben in allen Fragen zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz der Kinder vor Gewalt einen Anspruch auf Beratung. In Vereinbarungen der Jugendämter mit den Kindertagespflegepersonen ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 8a Absatz 5 des Achten Buches Sozialgesetzbuch sicherzustellen.

(5) Die Träger von außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich wirken auf die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Kinderschutzkonzeptes in den Angeboten hin und streben eine Verzahnung mit in den Primarschulen bestehenden oder zu entwickelnden Schutzkonzepten gegen Gewalt an.

(6) Die Umsetzung von Kinderschutzkonzepten nach den Absätzen 2 bis 5 soll in den Einrichtungen und Angeboten durch die Träger fachlich beraten und durch Qualifizierungsangebote unterstützt werden. Die oberste Landesjugendbehörde trifft mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, den

Kirchen und den Verbänden der Träger unter Beteiligung der Landesjugendämter Vereinbarungen über die Qualitätssicherung und -entwicklung für Kinderschutzkonzepte.

Teil 6 **Belastungsausgleich und Förderung durch das Land**

§ 12 **Belastungsausgleich durch das Land**

(1) Für die wesentlichen Belastungen der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe infolge der Übernahme der in den §§ 5, 8 und 9 geregelten Aufgaben wird ein finanzieller Ausgleich nach Maßgabe dieses Gesetzes und des Konnexitätsausführungsgesetzes vom 22. Juni 2004 ([GV. NRW. S. 360](#)), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 1. Dezember 2021 ([GV. NRW. S. 1346](#)) geändert worden ist, gewährt.

(2) Der finanzielle Ausgleich beträgt im Jahr 2022 45 794 944 Euro, im Jahr 2023 69 098 724 Euro und in den darauffolgenden Jahren jeweils 69 505 033 Euro. Die Höhe des jeweiligen Aufwandes und die für die Berechnung getroffenen Annahmen ergeben sich aus der Kostenfolgeabschätzung, die diesem Gesetz beigelegt ist (Anlage).

(3) Der Ausgleich nach Absatz 2 wird auf die einzelnen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe verteilt. Der Anteil des jeweiligen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe ergibt sich für die Aufgaben nach § 5 aus der Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Jugendamtsbezirk im Verhältnis zur landesweiten Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen laut Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen zum 31. Dezember 2020. Der Anteil des jeweiligen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe ergibt sich für die Aufgaben nach § 9 aus der Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Jugendamtsbezirk im Verhältnis zur landesweiten Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen laut Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen zum 31. Dezember 2020. Für Aufgaben nach § 9 Absatz 1 bis 4 wird dabei bei den Personalkosten ein Sockel in Höhe von 0,5 Vollzeitäquivalenten angesetzt, sofern der Anteil unter diesen Wert absinkt. Für Aufgaben nach § 9 Absatz 1 bis 4 und 5 wird dabei bei den Sachkosten ein Sockel in Höhe von 5 000 Euro angesetzt, sofern der Anteil unter diesen Wert absinkt.

(4) Der Ausgleich erfolgt zum 30. Juni des betreffenden Jahres. Davon abweichend wird der Ausgleich für das Jahr 2022 am 30. September 2022 ausgezahlt.

§ 13 **Überprüfung der Kostenfolgeabschätzung**

(1) Zuständige Behörde nach § 5 des Konnexitätsausführungsgesetzes ist die oberste Landesjugendbehörde.

(2) Die oberste Landesjugendbehörde überprüft nach Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden im Einvernehmen mit dem für Kommunales zuständigen Ministerium und dem für Finanzen zuständigen Ministerium die Kostenfolgeabschätzung und die gesamten Auswirkungen dieses Gesetzes zum 30. Juni 2024 und danach wiederkehrend alle drei Jahre. Im Übrigen gilt § 4 des Konnexitätsausführungsgesetzes. Über den Belastungsausgleich ist zeitnah eine erneute Entscheidung zu treffen, wenn sich herausstellt, dass die Annahmen der Kostenprognose unzutreffend waren und der Ausgleich deshalb grob unangemessen ist.

(3) Die oberste Landesjugendbehörde wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für Kommunales zuständigen Ministerium und dem für Finanzen zuständigen Ministerium den Verteilschlüssel gemäß § 12 Absatz 3 an die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen anzupassen.

§ 14

Förderung durch das Land

(1) Das Land unterstützt die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung von Kinderschutzkonzepten nach den §§ 10 und 11 durch Förderung der Qualifizierung des pädagogischen Personals sowie der Fachberatung. Die Höhe der Förderung wird für den Bereich der Kindertagesbetreuung jährlich unter Berücksichtigung der Zahl der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegepersonen, für die ein Zuschuss nach § 47 des Kinderbildungsgesetzes vom 3. Dezember 2019 ([GV. NRW. S. 894, ber. 2020 S. 77](#)) in der jeweils geltenden Fassung gezahlt wird, angepasst.

(2) Das Land unterstützt die Schaffung und den Betrieb von Ombudsstellen nach § 9a des Achten Buches Sozialgesetzbuch. Das Land stellt hierfür jährlich insgesamt einen Betrag in Höhe von 1 500 000 Euro zur Verfügung.

(3) Im Jahr des Inkrafttretens nach § 19 Satz 1 erfolgt die Förderung anteilig entsprechend der Zeit vom Inkrafttreten nach § 19 Satz 1 bis zum Jahresende im Vergleich zum gesamten Jahr.

§ 15

Erprobung innovativer Maßnahmen im Kinderschutz

(1) Das Land setzt sich für die innovative Weiterentwicklung des Kinderschutzes ein. Zur modellhaften Erprobung von Maßnahmen, insbesondere zur Sicherung und Weiterentwicklung der Prozess- und Strukturqualität bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch, kann die Oberste Landesjugendbehörde hierzu Abweichungen von den Regelungen dieses Gesetzes zulassen. Die Regelungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch bleiben hiervon unberührt.

(2) Sofern die Erkenntnisse aus Maßnahmen nach Absatz 1 geeignet sind, können diese insbesondere im Rahmen von Qualitätsentwicklungsverfahren nach § 8 sowie bei der Weiterentwicklung von Empfehlungen nach § 5 Absatz 3 von den zuständigen Stellen berücksichtigt werden.

Teil 7

Datenschutz, Berichtswesen

§ 16

Datenschutz

Datenschutzrechtliche Bestimmungen, insbesondere solche über den Sozialdatenschutz nach § 35 Absatz 1 und 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – (Artikel I des Gesetzes vom 11. Dezember 1975, BGBl. I S. 3015), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932) geändert worden ist, §§ 61 bis 68 des Achten Buches Sozialgesetzbuch und §§ 67 bis 85a des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz – in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBl. I S. 130), das zuletzt durch Artikel 45 des Gesetzes vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932) geändert worden ist, bleiben von den Vorschriften dieses Gesetzes

unberührt. Soweit ein Datenumgang bei der Anwendung dieses Gesetzes erforderlich ist oder erfolgt, richtet er sich ausschließlich nach den in Satz 1 genannten Vorschriften.

§ 17

Berichtswesen

Die oberste Landesjugendbehörde stellt den Rahmen für ein landesweites Berichtswesen zur Strukturqualität im Kinderschutz zur Verfügung. Die Jugendämter können sich an dem Berichtswesen beteiligen. Die oberste Landesjugendbehörde kann Dritte zur Umsetzung des Berichtswesens hinzuziehen.

Teil 8

Schlussbestimmungen

§ 18

Berichtspflicht

Die Landesregierung berichtet dem Landtag spätestens zum 31. Dezember 2026 über die Erfahrungen bei der Anwendung dieses Gesetzes.

§ 19

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am 1. Mai 2022 in Kraft. Die §§ 6 bis 8 treten am 1. Juli 2023 in Kraft.

Artikel 2

Änderung des Kinderbildungsgesetzes

Das Kinderbildungsgesetz vom 3. Dezember 2019 ([GV. NRW. S. 894, ber. 2020 S. 77](#)) wird wie folgt geändert:

1. In § 22 Absatz 2 Satz 3 Nummer 2 wird das Wort „Vereinbarung“ durch das Wort „Verordnung“ ersetzt.
2. In § 22 Absatz 2 Satz 3 Nummer 2, § 28 Absatz 1 Satz 1 und 4 und Absatz 3 Satz 1 und § 32 Absatz 3 Nummer 4 wird jeweils das Wort „Personalvereinbarung“ durch das Wort „Personalverordnung“ ersetzt.
3. In § 46 Absatz 5 Satz 2 wird das Wort „zehn“ durch die Angabe „15,595“ ersetzt.
4. § 47 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „1 000“ durch die Angabe „1 100“ ersetzt.
 - b) In Satz 3 wird die Angabe „500“ durch die Angabe „550“ ersetzt.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Artikel 1 tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am 1. Mai 2022 in Kraft. Die §§ 6 bis 8 des Landeskinderschutzgesetzes vom 13. April 2022 ([GV. NRW. S. 509](#)) treten am 1. Juli 2023 in Kraft.

(2) Artikel 2 tritt am 1. August 2022 in Kraft.

Düsseldorf, den 13. April 2022

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Hendrik W ü s t

Für den Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration sowie
Für die Ministerin für Schule und Bildung
Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
Prof. Dr. Andreas P i n k w a r t

Der Minister des Innern
Zugleich für den Minister der Finanzen sowie
Für den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie
Für die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung
Herbert R e u l

Der Minister der Justiz
Peter B i e s e n b a c h

GV. NRW. 2022 S. 509

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: 5/2-1 Kinder- und Jugendförderung
Bearbeitet von: Yvonne Matzke

Siegen, 25.11.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss

17.11.2022

Kurzbezeichnung:

Bericht zum Stand des Sanierungsprogramms für städtische Kinder- und Jugendtreffs

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstand zu den Sanierungsmaßnahmen in städtischen Kinder- und Jugendtreffs zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der Sitzung des Jugendhilfeausschuss (vgl. VL 658/2021) wurde die Verwaltung beauftragt, Ende 2022 einen Bericht über den Umsetzungsstand des Sanierungsprogrammes für die städtischen Kinder- und Jugendtreffs zu geben. Das Maßnahmenpaket zur Aufarbeitung des Sanierungsbedarfs basiert auf dem Beschluss des Rates vom 26.02.2020.

Aktueller Sachstand zur Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen 2022

Jugendtreff Weidenau:

Der Austausch von 6 alten Holzfenstern gegen energetisch neuwertige Kunststoff-Fenster ist abgeschlossen. In einer größeren Maßnahme wurde der 2. Bauabschnitt der Elektrosanierung mit dem Einbau von neuen Akustikdecken in 7 Räumen gekoppelt. Parallel dazu wurde im Erdgeschoß die alte Küche gegen eine neue leistungsfähigere ausgetauscht. Bei der regelmäßigen Kontrolle bemängelte das Gesundheitsamt die beschädigten Oberflächen (hier lösten sich bereits Holzsplitter), die keine ausreichende hygienische Reinigung mehr zuließen. Die Küche wurde so gestaltet, dass sie als Ausgabeküche für die schulische Mittagsverpflegung im OGS-Betrieb, der KJT Weidenau hat die Trägerschaft der OGS der Friedrich-Flenderschule übernommen, und für pädagogische Koch- und Backangebote genutzt werden kann.

Im Laufe des Jahres ergab sich aufgrund eines Nutzungsausfalls zusätzlich die Notwendigkeit des Austausches der alten Hebeanlage im Kellergeschoß. Die Auftragsvergabe soll noch in 2022 erfolgen.

Jugendtreff Fischbacherberg:

Nach erfolgter Grundleitungsuntersuchung soll der Auftrag für die Grundleitungssanierung noch dieses Jahr erteilt werden. Die Ausführung ist für Anfang 2023 vorgesehen. Für das Nebentreppenhaus sind für November Malerarbeiten geplant. Zur Zeit läuft eine weitere Küchenplanung zum Austausch gegen die vorhandene veraltete Küchenzeile. Die Küchenplanung sieht ebenfalls eine Nutzung für die Ausgabe der schulischen Mittagsverpflegung, im Rahmen der OGS der Hammerhütterschule wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, sowie die Nutzung für pädagogische Angebote vor. Die Ausführung einschließlich der Nebenarbeiten mit Parkettsanierung im „Jugendraum“, der in der Mittagszeit als Esszimmer für die Kinder genutzt werden soll, ist für 2023 vorgesehen.

Jugendtreff Eiserfeld:

Der Austausch von 8 großen Fenstern in den Großgauben des Dachgeschosses wurde vor kurzem abgeschlossen. Rest- und Anpassarbeiten im Musikraum werden im Herbst vorgenommen. Die Elektrosanierungen in beiden Gebäudetrakten war für 2022 geplant, konnte noch nicht umgesetzt werden, die sich keine Firma auf die Ausschreibung beworben hat. Die Maßnahme wurde erneut ausgeschrieben. Die Aufträge sollen noch dieses Jahr vergeben und dann nächstes Jahr ausgeführt werden.

Jugendtreff Westhang:

Im Mehrzweckraum (Disco) wird nach der Erneuerung der Außentür im November der Holzpflasterbelag saniert und neu versiegelt. Desweiteren wurden diverse Reparaturen an der defekten Abhangdecke vorgenommen.

Jugendtreff Geisweid:

Aufgrund einer Brandschutzauflage wurden im Untergeschoss 2 Fenster zu Rettungswegen umgebaut. Nach eingehender Untersuchung wurde die Notwendigkeit des Heizungsaustausches festgestellt. Nach Förderbewilligung wird der Auftrag noch dieses Jahr vergeben. Die Ausführung ist für 2023 geplant. Parallel dazu soll eine Sanierung gem. Trinkwasserverordnung erfolgen. Der Einbau von Schallschutz, die Erneuerung der Leuchten sowie die Sanierung der WC-Anlage konnte noch nicht umgesetzt werden.

Stadtteilzentrum Lindenberg:

In 2021 (vgl. VL 461/2021) wurde beschlossen, das Gemeindezentrum Zinsendorfhaus der Ev. Lukas-Kirchengemeinde anzumieten, um Angebote der Kinder- und Jugendhilfe umzusetzen, inhaltliche Eckpunkte zur Nutzung des Mietobjektes als Stadtteilzentrum Lindenberg vgl. VL 453/2021. Aktuell erfolgen noch Baumaßnahmen der Eigentümerin. Neben den Installationen zur Netzwerktechnik für die Nutzung als Büroraum erfolgt durch die Stadt Siegen als Mieterin auch der Anstrich einer Holzpaneelwand im Mehrzweckraum.

Im Haushalt 2022 wurden Mittel in Höhe von 290.000 € bereitgestellt, darin enthalten sind 90.000 € für die laufende Bauunterhaltung der städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen (Reparaturen, kleinere Maßnahmen zur Instandhaltung, Wartung von Elektro-, Heizungs-, Brandschutzanlagen o.ä.). Die Haushaltsmittel werden aufgrund von einigen Verschiebungen nicht vollständig verausgabt.

Verschiebungen und notwendige Anpassungen der Maßnahmenplanung ergeben sich aus

- verzögerte Auftragserteilung, weil sich keine Firma auf die Ausschreibung bewirbt (Elektrosanierungen im Kinder- und Jugendtreff Eiserfeld)
- längere Lieferzeiten für Material (Heizungsaustausch im Kinder- und Jugendtreff Geisweid)
- ungeplante dringende Maßnahmen (Küchenerneuerungen, Netzwerkinstallationen im Stadtteilzentrum Lindenberg)
- zwingende kurzfristige Instandhaltungsmaßnahmen wegen technischer Probleme (Hebeanlage im KJT Weidenau, Heizungsaustausch im Kinder- und Jugendtreff Fischbacherberg)

Die geplanten Sanierungsmaßnahmen für die nächsten beiden Jahre sind der Anlage zu entnehmen (Planung vorbehaltlich der Bereitstellung der angemeldeten Haushaltsmittel).

Die notwendigen Mittel für die geplanten Sanierungsmaßnahmen sowie für die laufende Bauunterhaltung (90.000 €) wurden durch die Arbeitsgruppe 4/4-5 Kaufmännische Gebäudewirtschaft in ausreichender Höhe angemeldet (Sachkonto 5215901/ A011302028).

Zudem fand im Oktober ein Abstimmungsgespräch mit dem neuen Arbeitsgruppenleiter 4/4-2 TGW - und dem zuständigen Mitarbeiter für Bauunterhaltung/ Umbaumaßnahmen in den Kinder- und Jugendtreffs zur Umsetzung der Vorgaben des neuen SGB VIII, Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, statt. In § 11 heißt es: *„Dabei sollen die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote für junge Menschen mit Behinderung sichergestellt werden.“*

Im November sind Begehungen der Kinder- und Jugendeinrichtungen durch 4/4-2 und 5/2-1 terminiert, um vor Ort zu prüfen, welche baulichen Maßnahmen notwendig und möglich sind, um barrierefreie Zugänge zu schaffen. Es ist vorgesehen, in einem ersten Schritt jeweils das Erdgeschoss barrierefrei zu gestalten und so den Zugang zur Einrichtung grundsätzlich, wenn auch zunächst partiell, zu ermöglichen. Dabei sind folgende Punkte zu beachten:

- barrierefreie Erschließung
- ausreichende Breite der Türen
- barrierefreies WC

Die Begehung dient als Grundlage für die Erarbeitung einer langfristigen Perspektive für den barrierefreien Ausbau der städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen.

Um die Kinder- und Jugendtreffs zukünftig attraktiv und bedarfsgerecht auszustatten, sind auch in den nächsten Jahren ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen sicher zu stellen. Die Aufarbeitung des Sanierungsbedarfs sowie die Herstellung der vorgeschriebenen Barrierefreiheit der Kinder- und Jugendeinrichtungen erfordern weitere Maßnahmen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
290.000 €				

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2022	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
----------------------------------------	-------------------------------------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	----------------------------------------------------

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Dr. Andreas Matzner
Abteilungsleitung

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [JT - Programm 2022-24.pdf](#)

Jugendtreff Sanierungsprogramm – Maßnahmenplanung

2023:

4.03	JT Eiserfeld	Elektrosanierung MN 2076 – Rückstellung - Ausführung	
4.10	JT Eiserfeld	Elektrosanierung neu - Ausführung	
3.14-2	JT Fischbacherberg	Überarbeitung Anstriche Geländer Treppenhaus MN 1159	10.000,00 €
	JT Fischbacherberg	Heizungsaustausch MN 2248 (200.000 € - 40 % Förderung)	120.000,00 €
	JT Westhang	Heizungsaustausch MN 2253 (40.000 € - 40 % Förderung)	24.000,00 €
5.01	JT Geisweid	Heizungsaustausch, Ausführung - MN 1147	
5.06	JT Geisweid	WC-Anlage Mädchen: Abtrennung PMR + Änderung 1.WC	12.000,00 €
	JT Weidenau	Betonsan. Eingangspodest + Putzsan. Kellerabgang – MN 1153	12.000,00 €
2.06	JT Weidenau	Erneuerung Türanlage zum Hof – MN 1150	12.000,00 €
2.08	JT Weidenau	Sanierung gem. TrinkwasserVO incl. Nebenarbeiten	25.000,00 €
4.11	JT Eiserfeld	Sanierung gem. TrinkwasserVO incl. Nebenarbeiten	25.000,00 €
5.03	JT Geisweid	Elektrosanierung neu	60.000,00 €
5.02	JT Geisweid	Leuchten	20.000,00 €

Summe			320.000,00 €
--------------	--	--	---------------------

Jugendtreff Sanierungsprogramm – Maßnahmenplanung

2024:

3.07	JT Fischbacherberg	Überholungsanstriche MN 1160-1162	20.000,00 €
3.15	JT Fischbacherberg	partieller Fassadenanstrich	5.000,00 €
3.09	JT Fischbacherberg	Sanierung gem. TrinkwasserVO incl. Nebenarbeiten	30.000,00 €
3.05a	JT Fischbacherberg	WC-EG / Besucher Hochseilgarten	15.000,00 €
4.06	JT Eiserfeld	Überholungsanstriche	8.000,00 €
4.14	JT Eiserfeld	Überholungsanstriche	8.000,00 €
1.07	JT Westhang	Überholungsanstriche	6.000,00 €
3.05b	JT Fischbacherberg	WC-Bereiche Jungen + Mädchen	70.000,00 €
3.10	JT Fischbacherberg	UG: Einbau eines Estriches	6.000,00 €
2.13	JT Weidenau	Überholungsanstriche	5.000,00 €
2.12	JT Weidenau	Fassadenanstrich Sockel	6.000,00 €
2.11	JT Weidenau	KG: Rückbau Bodeneinlauf Dusche, Estricharbeiten	5.000,00 €
4.06	JT Eiserfeld	KG: Bodenfeuchtigkeit im TH-Bereich	10.000,00 €
5.05	JT Geisweid	Überholungsanstriche	6.000,00 €

Summe

200.000,00 €

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Kinder-, Jugend- und Familienförderung
Bearbeitet von: Dr. Andreas Matzner

Siegen, 02.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss **17.11.2022**

Kurzbezeichnung:

Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ 2022

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die weitere Verteilung der Fördermittel aus dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für das Förderjahr 2022 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In Bezug auf Vorlage 1032/2022 wurde die Verwaltung beauftragt, eingehende Anträge auf das Aktionsprogramm nach den bekannten Kriterien zu bewilligen, um kurzfristige Umsetzungen von Projekten zu ermöglichen.

Folgende Anträge wurden anschließend bewilligt:

Träger	Titel des Projektes	Geförderte Summe
DRK Kreisverband Siegen-Wittgenstein e.V.	"Bunter Herbstgarten!" Erlebnis- und Ganzheitliche Pädagogik	8.000 €
Heimat und Verschönerungsverein Siegen-Achenbach e. V.	Tagesfahrten für Jugendliche und junge Erwachsene	5.500 €
CVJM Eiserfeld	Weihnachtsweg für Kinder, Jugendliche und Familien	1.400 €
Ev. Gemeinschaftsverband Siegen-Wittgenstein e.V.	Herbstfreizeit (ausgefallen)	899,58€
CVJM Kaan-Marienborn	Erweiterung "Miniramp" für das bestehende Projekt "Skate Trailer"	10.573 €
Litera e.V.	Gartenprojekt	3.200 €
Litera e.V.	Kreatives Werken	5.740 €

Litera e.V.	Nähkurs für Mädchen	4.770 €
Litera e.V.	Arttherapie mit Kindern	6.090 €
Christofferwerk e.V. KiTa Zauberswald	"Eine Reise durch die Märchenwelt"	2.500 €
Christofferwerk e.V. KiTa Zauberswald	Eltern-Kind-Turnen mit motorischem Hintergrund	500 €
Mütterzentrum	Ferienprogramm Herbst 2022 (Betreuung)	5.430 €
Mütterzentrum	Kreative Kindsköpfe	3.100 €
Mütterzentrum	Natur erleben mit und für Kinder	21.500 €
Mütterzentrum	Puppenspielworkshop	4.100 €
Kinderschutzbund	"Rasselbande" - Spielgruppe für Kinder	2.323 €
DLRG Weidenau	Herbstfreizeit	3.210 €
Universitätsstadt Siegen	Herbstferienprogramm für Mädchen im KJT Geisweid	1.052 €
Universitätsstadt Siegen	Einrichtung eines Bewegungsraums im Stadtteilzentrum Lindenberg	9.040 €
Universitätsstadt Siegen	Herbstferienaktion - KJT Fischbacherberg	1.500 €
Universitätsstadt Siegen	Förderung der Bewegung und Mobilität von Kindern unter 6 Jahren im Hüttenpark Geisweid	2.700 €
		102.228 €

Nicht berücksichtigt wurde folgender Antrag:

Träger	Titel des Projektes	Geförderte Summe
Gemeinnützige Qualifizierungs- und Weiterbildungsgesellschaft des HV Achenbach UG	Berufsorientierung und Bewerbungcoaching	15.450 €

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2022	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit 353.681,22 €	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
----------------------------------------	-------------------------------------------------------------	-------------------------------	--------------------------------------------------	----------------------------------------------------

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Laura Meier

Siegen, 09.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss **17.11.2022**

Kurzbezeichnung:

Besetzung des "Unterausschusses Kindertagesbetreuung"
- Bestellung von Mitgliedern für die Fraktionen GfS sowie Volt

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss benennt folgende Personen:

1. **Herrn Thomas Köckritz (s. B.)** als **persönlicher Vertreter** von Julia Sting in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.
2. **Frau Elisabeth Haupt (s. B.)** als **ordentliches Mitglied** in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.

Sachverhalt / Begründung:

1. Die GfS-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Frau Bialowons-Sting.
2. Die Volt-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Frau Chiara Ludewig.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.